



Brief aus Berlin

Antje Tillmann informiert

Brief aus Berlin 15/2011
September 2011 (2)

Arbeitsvermittlung wird genauer und effizienter

Die Zahl der Arbeitslosen ist unter die 3-Millionen-Marke gesunken. Zum ersten Mal kann nach einer Wirtschaftskrise auch ein deutlicher Rückgang der Langzeitarbeitslosigkeit bilanziert werden. In Thüringen sind nur noch knapp 100.000 Menschen arbeitslos.

Wenn sich die Struktur der Arbeitslosigkeit ändert, muss auch die Struktur der Instrumente geändert werden. Deshalb hat der Bundestag am vergangenen Freitag das Gesetz zur Verbesserung der Eingliederungschancen am Arbeitsmarkt beschlossen. Mit einem „Kahlschlag“ hat das nichts zu tun: Sicherlich wird bei den Langzeitarbeitslosen nun weniger Geld ausgegeben. Das liegt aber ganz einfach daran, dass die Langzeitarbeitslosigkeit zurückgegangen ist. So sind in Thüringen im Vergleich zum Vorjahr mit nur noch 29.800 Personen 12,7 Prozent weniger Menschen langzeitarbeitslos. Dafür haben wir hart gearbeitet! Tatsächlich steht in den Jobcentern für jeden betreuten Langzeitarbeitslosen mehr Geld pro Kopf zur Verfügung als vor der Wirtschaftskrise 2009.

Durch das Gesetz werden die Instrumente passgenauer und effizienter: Die einzelnen Jobcenter vor Ort und ihre Fallmanager erhalten mehr Entscheidungskompetenzen beim Einsatz der Förderinstrumente. Niemand hat etwas von teuren Lehrgängen, die am Ende keinen Effekt haben.

Der Vermittlung in den ersten Arbeitsmarkt haben auch Arbeitsgelegenheiten und öffentliche Förderung von Arbeitsverhältnissen zu dienen. Gleichzeitig wird die spezielle Situation von Menschen mit Vermittlungshemmnissen berücksichtigt, unter anderem durch die Neuordnung der öffentlich geförderten Beschäftigung.

Bund übernimmt Grundsicherung

Der Bundestag hat das Gesetz zur Stärkung der Finanzkraft der Kommunen beraten. Ab 2012 erhöht der Bund seine Beteiligung an den Ausgaben für die Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung schrittweise: 2012 trägt er 45 Prozent, 2013 75 Prozent und ab 2014 100 Prozent. Allein für die Thüringer Kommunen bringt dies bis 2015 eine Entlastung von über 160 Mio. €.



Wichtige Entscheidung für Deutschland und Europa

Am Donnerstag hat der Deutsche Bundestag der Stärkung des befristeten Euro-Rettungsschirmes zugestimmt. Dabei hat die Koalition mit 315 Stimmen eine eigene Mehrheit erreicht.

>>> Meinen nächsten Vortrag zum Euro halte ich am 12. Oktober um 9.00 Uhr beim Unternehmerfrühstück der MIT (Moritz Klinik, Hermann-Sachse-Str. 46 in Bad Klosterlausnitz). Anmeldung bis zum 7.10. unter emmthieme@aol.com

Fachkräftepotential erschließen

Mit dem am Donnerstag verabschiedeten Gesetz zur Verbesserung der Feststellung und Anerkennung im Ausland erworbener Berufsqualifikationen wird das im Lande vorhandene Fachkräftepotential besser erschlossen. Unter anderem wird die Bewertung und Anerkennung von Qualifikationen, die aus dem Ausland mitgebracht wurden, vereinheitlicht: Innerhalb von drei Monaten muss geklärt werden, inwieweit die ausländischen Zeugnisse deutschen Abschlüssen entsprechen. Kleinere Abweichungen können mit Berufserfahrung ausgeglichen werden, größere, indem der Betroffene Eignungsprüfungen erfolgreich absolviert oder an Anpassungslehrgängen teilnimmt. Außerdem soll es zukünftig dort, wo der Bund zuständig ist, den Anspruch auf eine individuelle Prüfung der Gleichwertigkeit von ausländischen Berufsqualifikationen geben.

SPD will Kindergeld abhängig vom Einkommen

Die SPD will bei einem Regierungswechsel eine Reform des Kindergeldes durchsetzen und dabei Kindergeld und Kinderzuschlag verbinden. Ziel des familienpolitischen Leitantrags für den SPD-Parteitag Anfang Dezember ist es, die steuerliche Entlastungswirkung von Kinderfreibeträgen in den oberen Einkommensgruppen zu begrenzen.

Besserer Schutz vor sexueller Gewalt

Das Kabinett beschloss am Dienstag einen Aktionsplan, mit dem unter anderem Empfehlungen umgesetzt werden, die beispielsweise vom "Runden Tisch Sexueller Kindesmissbrauch" vorgelegt wurden. Ein wichtiger Schwerpunkt des Aktionsplans sind Vorhaben zur Vorbeugung und Verhinderung sexueller Gewalt. Hierbei sollen Fachkräfte durch eine bundesweite Fortbildungsoffensive umfassend informiert, Eltern weiter sensibilisiert sowie Kinder und Jugendliche gezielt gegen Gefahren gestärkt werden. Außerdem soll von hauptamtlichen Mitarbeitern der öffentlichen Jugendhilfe im Rahmen des Bundeskinderschutzgesetzes ab 2012 ein erweitertes Führungszeugnis verlangt werden.

Novelle des Stasi-Unterlagen-Gesetzes

Das Bedürfnis nach Einsichtnahme in die Stasi-Unterlagen ist nach wie vor ungebrochen. Mit dem jetzt verabschiedeten achten Gesetz zur Änderung des Stasi-Unterlagen-Gesetzes werden die zum 31. Dezember 2011 auslaufenden Überprüfungsmöglichkeiten daher bis zum 31. Dezember 2019 verlängert und der überprüfbare Personenkreis ausgeweitet. Zudem sollen ehemalige Stasi-Mitarbeiter, die derzeit in der BStU beschäftigt sind, ihren Fähigkeiten entsprechend und unter Berücksichtigung sozialer Belange auf einen gleichwertigen Arbeitsplatz innerhalb der Bundesverwaltung umgesetzt werden, wenn es ihnen im Einzelfall zumutbar ist.

Diskussion um Schuldenbremse

Die Äußerungen der neuen saarländischen Ministerpräsidentin Kramp-Karrenbauer, in denen sie die Einhaltung der Schuldenbremse angesichts der Wirtschafts- und Finanzkrise in Frage stellt, sind auf klare Ablehnung gestoßen.

Gerade jetzt müssen wir an der Schuldenbremse festhalten! Außerdem ist bei der Konstruktion auch an Ausnahmesituationen gedacht worden: So kann die Kreditobergrenze in „außergewöhnlichen Not-situationen“ überschritten werden, wenn ein klarer Tilgungsplan beschlossen wird.



Die Parl. Staatssekretärin im Bundesumweltministerium, Frau Ursula Heinen-Esser (rechts), zu Gast beim Deutschen Bienenmuseum Weimar (mit Ralph Stöcker, Vorstand und Annette von Wolffersdorff, Leiterin).

Kommission bewertet Stabilitätsprogramme

Die Europäische Kommission hat ihre Bewertung der Stabilitäts- und Reformprogramme der EU-Mitgliedstaaten abgegeben. Seit diesem Jahr reichen diese ihre Programme zur Stellungnahme bei der Kommission ein.

Diese wurden nun von der Kommission bewertet und mit konkreten Vorschlägen versehen. Die Mitgliedstaaten erhalten so im Vorfeld bzw. im Laufe ihrer Haushaltsaufstellung politische Leitlinien und Empfehlungen. Die EU-Ebene kann auf diese Weise auf Entwicklungen in den Mitgliedstaaten reagieren. Deutschland wurde in dem Bericht eine sehr positive und vorbildhafte Entwicklung beschieden.

>>> Den Abschlussbericht finden Sie ab kommender Woche auf meiner Internetseite.

Der Papst in Berlin und Erfurt

Papst Benedikt XVI. hat in der letzten Woche im Deutschen Bundestag eine historische Rede gehalten. Wer sie verfolgt hat, wird den Boykott von Teilen der Grünen, der SPD und den meisten Linken als das empfinden, was er war: kleingeistig.

Ähnlich beeindruckend war der Besuch des Papstes in Erfurt. Mit dem Besuch im Augustinerkloster hat er ein deutliches Zeichen Richtung Ökumene gesetzt. Bemerkenswert waren auch die vielen Helfer im Vorder- und Hintergrund, die diesen Besuch möglich gemacht haben. Ohne Frage: Der Besuch in Thüringen war eine gute Werbung für den Freistaat!

Impressum

Antje Tillmann MdB
antje.tillmann@bundestag.de
Redaktion: Johannes Nehlsen, 30.09.2011